

Die Mehrheit französischer Abgeordneter weicht der Abstimmung zur Verleumdung der Palästina-Solidarität aus

Ali Abunimah, electronicintifada.net, 04.12.19

Am Dienstag verabschiedete die französische Nationalversammlung eine Resolution, die die Unterstützung zur Gleichstellung der Palästinenser mit Hass auf Juden verquickt, eine Initiative, die von der Israel-Lobby des Landes unterstützt wird. Doch die meisten Abgeordneten nahmen nicht an der Abstimmung teil.

Unterdessen bestätigte die Region Wallonien, eine der drei belgischen Regionen, dass sie sich wegen der israelischen Verletzungen des internationalen Rechts, aus der offiziellen Zusammenarbeit mit Israel zurückziehe.

Weniger als die Hälfte der 577 Abgeordneten des französischen Unterhauses waren anwesend am Dienstag. Von ihnen unterstützten 154 die Resolution, 72 stimmten dagegen.

„Unsere Ansichten über den Zionismus kann unterschiedlich sein, aber wir denken alle, sogar diejenigen, die sich als Zionisten bezeichnen, dass die Assoziation von Antizionismus und Antisemitismus fundamental falsch ist“. „Diese Vermischung ist höchst schädlich für die zahlreichen Juden, die Antizionisten sind“ ...

„Für Palästinenser bedeutet der Zionismus Enteignung, Vertreibung, Besatzung und strukturelle Ungleichheit“ ...

Aus dem Aufruf von 157 israelischen Intellektuellen in *Le Monde* vor der Abstimmung

Die Resolution der Nationalversammlung bezeichnet die IHRA-Definition jedoch als „ein wirksames Instrument zur Bekämpfung des Antisemitismus“, das, wie sie behauptet, „Manifestationen des Hasses auf Israel beinhaltet, die allein durch die Wahrnehmung gerechtfertigt seien, dass es sich um eine jüdische Gemeinschaft handelt“.

Die nicht rechtsverbindliche Resolution fordert die Strafverfolgungsbehörden dazu auf, die IHRA-Definition zu benutzen, um vermeintliche Fälle von Antisemitismus „aufzudecken und zu verfolgen“.

Am Montag veröffentlichten 127 israelische Intellektuelle einen Aufruf in der Zeitung *Le Monde* und forderten die Abgeordneten dazu auf, die Resolution nicht zu unterstützen.*

„Unsere Ansichten über den Zionismus kann unterschiedlich sein, aber wir denken alle, sogar diejenigen, die sich als Zionisten bezeichnen, dass die Assoziation von Antizionismus und Antisemitismus fundamental

Die so genannte *Maillard-Resolution* unterstützt die umstrittene IHRA-Antisemitismus-Definition, die von Israel und seiner Lobby propagiert wird.

Die IHRA-Definition ist weithin missbilligt worden, da sie Kritik am israelischen Rassismus gegenüber PalästinenserInnen mit antijüdischem Fanatismus verquickt, um die Unterstützung der palästinensischen Rechte zu delegitimieren.

falsch ist“, erklären die Intellektuellen. „Diese Vermischung ist höchst schädlich für die zahlreichen Juden, die Antizionisten sind“. Sie fügen weiterhin hinzu, dass für Palästinenser der Zionismus „Enteignung, Vertreibung, Besatzung und strukturelle Ungleichheit“ bedeute.

Jean-Luc Mélenchon, Vorsitzender der linken Partei *La France Insoumise*, kündigte am Montag an, dass sein Lager gegen die Resolution stimmen werde und die Erklärung der Intellektuellen teile.

Die rassistische Staatsideologie Israels

Die Sponsorin der Resolution, Sylvain Maillard, ist Mitglied der regierenden Partei *La République en Marche* von Präsident Emmanuel Macron.

Israel konnte seine gewaltsam manipulierte jüdische Mehrheit nur dadurch aufrechterhalten, indem es die Rückkehr palästinensischer Flüchtlinge unter Verletzung des internationalen Rechts allein und ausschließlich deshalb verhinderte, weil sie keine Juden sind

Anfang dieses Jahres sagte Macron der französischen israelischen Lobbygruppe CRIF, dass seine Regierung die Anstrengungen unterstützen würde, die Opposition gegen den Zionismus, Israels Staatsideologie, zu kriminalisieren.

Der Zionismus ist die Ideologie, die besagt, dass Juden im historischen Palästina einen eigenen Staat haben sollten.

Da die einheimische muslimische und christliche Bevölkerung Palästinas jedoch, und das ist noch immer der Fall wenn man die im Zwangsexil lebenden palästinensischen Flüchtlinge berücksichtigt, überwiegend nicht jüdisch war und ist, ist der Zionismus von Natur aus diskriminierend.

Zionistische Milizen konnten Israel 1948 nur durch die Durchführung der *Nakba*, der Vertreibung von etwa 800.000 PalästinenserInnen und der Zerstörung von Hunderten von Städten, Gemeinden und Dörfern, als jüdischen Staat etablieren.

Israel konnte seine gewaltsam manipulierte jüdische Mehrheit nur dadurch aufrechterhalten, indem es die Rückkehr palästinensischer Flüchtlinge unter Verletzung des internationalen Rechts allein und ausschließlich deshalb verhinderte, weil sie keine Juden sind.

Kompromisslos verfolgt Israel das zionistische Ziel eines jüdischen Mehrheitsstaates durch eine unverhohlene rassistische Politik, die von Apartheidgesetzen zur Diskriminierung von PalästinenserInnen bis hin zu regelmäßigen Massakern im Gazastreifen reicht.

Doch obwohl die Resolution verabschiedet wurde, scheiterte sie eindeutig darin, einen Konsens durchzusetzen, dass Kritik an Israels rassistischer Ideologie und Praxis selbst rassistisch oder antisemitisch ist.

Trotz der offiziellen Anstrengungen, sie zum Schweigen zu bringen, setzen sich Aktivisten in Frankreich weiterhin für Rechenschaftspflicht ein, insbesondere durch ihre Kampagne, die den Versicherungsgiganten AXA dazu auffordert, sich von Unternehmen zu trennen, die an israelischen Menschenrechtsverletzungen mitwirken.

Belgische Handelsmission abgesagt

Eine ähnliche Resolution des Deutschen Bundestags vom Mai wird dazu benutzt, um die immer stärker werdende Zensur zu rechtfertigen, wenn es um die Unterstützung der palästinensischen Gleichberechtigung und Menschenrechte geht.

Die Europäische Union arbeitet ebenfalls eng mit israelischen Lobbygruppen daran zusammen, die IHRA-Definition zu institutionalisieren, um den Aktivismus für die palästinensischen Menschenrechte auszuschalten.

Doch die Aktivisten auf dem Kontinent scheinen unbeirrt.

Letzte Woche feierten Aktivisten in Belgien einen Sieg, nachdem eine Handelsdelegation nach Israel abgesagt wurde. Vertreter der Region Wallonien und Brüssel, sollten in diesem Monat nach Israel reisen, um belgische Exporte zu stimulieren.

Die Aktionsgruppe *Association Belgo-Palestinienne* erklärte, dass die Mobilisierung ihrer Mitglieder gegen die Mission zu Ergebnissen geführt habe: Die offizielle Teilnahme an den Gesprächen wurde abgesagt.

Der frühere belgische Ministerpräsident Elio di Rupo, der jetzt Premierminister der Region Wallonien ist, bestätigte gegenüber dem öffentlich-rechtlichen Sender RTBF, dass keine offiziellen Vertreter an der Reise teilnehmen werden.

„Die fehlenden Fortschritte im Friedensprozess, der Mangel an Fortschritten vor Ort und die Verletzung der Genfer Konventionen durch Israel veranlassen uns dazu, die offizielle Zusammenarbeit zu unterlassen“ sagte di Rupo.

Übersetzung: M. Kunkel, Pako – palaestinakomitee-stuttgart.de

Quelle:

<https://electronicintifada.net/blogs/ali-abunimah/most-french-lawmakers-skip-vote-smearing-palestine-activism>

*https://www.lemonde.fr/idees/article/2019/12/02/appel-de-127-universitaires-juifs-aux-deputes-francais-ne-soutenez-pas-la-proposition-de-resolution-assimilant-l-antisemitisme-a-l-antisemitisme_6021348_3232.html